

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/150

Einzelplan 02	-	Ministerpräsident
Einzelplan 14	-	Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport
Einzelplan 20	-	Allgemeine Finanzverwaltung

Bericht über das Ergebnis der Beratungen
des Sportausschusses

Berichterstatte(r)in: Abgeordnete Gisela Hinnemann CDU

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2000 wird unverändert angenommen.

Bericht

Der Sportausschuss hat den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2000 in seinen Sitzungen am 25. September und abschließend am 23. November 2000 beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Die Beratungen bezogen sich auf

1. Einzelplan 02
Kapitel 02 020
Titel neu: 916 20 - Vermögensübertragung an die "Sportstiftung Nordrhein-Westfalen"
2. Einzelplan 14
Kapitel 14 700
Titel neu: 459 60 - Aufwandsentschädigungen (an Landesbedienstete)
Titel neu: 547 60 - Aufwandsentschädigungen (an sonstige Leiter)
3. Einzelplan 20
Kapitel 20 020
Titel neu: 123 50 - Konzessionseinnahmen aus Sportwetten (Oddset-Wetten)

Die CDU-Fraktion bemängelte, bei der Durchsicht des Nachtragshaushalts seien außer 10 Mio. DM Stiftungsmittel aus den 42 Mio. DM Einnahmen aus Oddset-Wetten nirgendwo weitere Mittel für den Sport gefunden worden. Sie bat um Aufklärung darüber, wie die weiteren Mittel verwendet würden. 10 Mio. DM Stiftungsmittel seien außerdem zu wenig, sie müssten aufgestockt werden. Die Sprecherin bedauerte, dass das Parlament künftig die Richtung der Stiftung nicht mehr bestimmen könne. Auch stelle sich die Frage nach der Verwaltung der Stiftung in der Zukunft. Dem Arbeitskreis gegen Spielsucht seien seinerzeit Gelder versprochen worden. Es erhebe sich die Frage, wie das jetzt bedient werden solle. Den Pferderennvereinen sei mitgeteilt worden, der durch die Einführung der Sportwetten entstehende Rückgang bei den Totalisatorgeldern werde durch die Gewinne beim Oddset ausgeglichen. Inzwischen stünden viele Vereine finanziell mit dem Rücken an der Wand. Hier sei dringlicher Handlungsbedarf gegeben. Dem Nachtragsentwurf in der vorliegenden Fassung könne nicht zugestimmt werden. Die Sprecherin der SPD erklärte, auch ihrer Fraktion sei aufgefallen, in einigen Positionen fehle, was im Entschließungsantrag 12/4495 Ende des vergangenen Jahres einstimmig beschlossen wurde. Die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden im Haushalts- und Finanzausschuss deshalb noch einen entsprechenden Antrag stellen. Man werde Wert darauf legen, dass Rückgänge bei anderen Sportwetten durch die Gewinne beim Oddset ausgeglichen würden.

Der Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport erläuterte u.a., man könne den Rückgang der Wetten seriöserweise nur bewerten, wenn man die Entwicklung über einen gewissen Zeitraum kenne. Er bezog sich insoweit auf die Ausführung unter Ziffer II. der Drucksache 12/4495. Die Landesregierung werde in der Ergänzungsvorlage einen Aufteilungsvorschlag einbringen.

Im Nachtrag 2000 werde das Stiftungskapital für die in der Entschließung genannten Zwecke finanziert. Eine Veränderung seitens der Landesregierung sei nicht vorgesehen. Die bestehenden Stiftungen würden koordinierend von der Staatskanzlei verwaltet unter Beteiligung der entsprechenden Fachressorts. Es wurde empfohlen, Fragen hinsichtlich der Totalisatoren im Umweltausschuss anzusprechen. Im Übrigen seien die Änderungen im Nachtrag mehr technischer Natur, z.B. Umschichtungen von Aufwandsentschädigungen.

Gisela Hinnemann
Vorsitzende